Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Gegr. 1840. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh und kostet monatlich a) durch die Post und unsere Boten 1,75 G.-M. zuzügl. Bestellgeld; b) in unserer Geschäftsstelle abgeholt 1,75 G.-M. Einzelpreis 10 G.-Pf Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie jeder Briefträger entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. :: Geschäftsstellen Frankfurterstr. 16 und Bahnhofstr. 3. — Fernruf 2. Postscheckkonto Köln 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe in der 35 Millimeter breiten Spalte im Ortsverkehr 8 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennige; Reklamen 1 Millimeter Höhe in der 75 Millimeter breiten Text-Spalte 40 Goldpfennige. Auslandsanzeigen: Valutaaufschlag. Bei Auskunft und Offertenannahme und Weiterbeförderung entsprechende Zuschläge. Anzeigen Rechnungen sind innerhalb 14 Tagen zahlbar, andernfalls Zinszuschläge in Höhe der Bankzinsen . . . . . .

Nr. 299 — **Olpe, Dienstag, den 23. Dezember 1924** — **84. Jahrg.**

Was geht vor?

Hinter den Kulissen der Börse.

Von unserem Mitarbeiter bei der Berliner Börse wird uns geschrieben:

Die gegenwärtig an der Börse zu beobachtende auffallende Kursbelebung in ganz bestimmten Spezialwerten der Montan-Industrie muß weit über die Kreise der Börse hinaus namentlich aus wirtschaftspolitischen Gründen nachdrücklichst beachtet werden. Mit diesen Dingen verknüpfen sich bestimmte Bestrebungen, deren Ziel das Augenmerk zuzuwenden, Regierung und Oeffentlichkeit das allergrößte Interesse haben.

Es handelt sich um nichts Geringeres als um die Hoffnungen und Erwartungen einer bestimmten Spekulationsgruppe, von den Spezialgebieten des Eisen- und Stahlmarktes aus eine neue Hinaufsetzung des Preisniveaus für alle Fertigfabrikate durchzusetzen.

Die Tatsache muß zur größten Vorsicht mahnen, daß absolut nicht unbegründete Vermutungen an der Börse und in bestimmten Spekulationskreisen dafür vorhanden sind, daß es in absehbarer Zeit wieder gelingt, die nach der Inflation in die Brüche gegangenen Verbände, die willkürlich die Preise in sogenannten Preiskonventionen festsetzen, neuerdings in die Erscheinung treten zu lassen. Verhandlungen über derartige Zusammenschlüsse sind namentlich in der Eisenindustrie sehr stark im Gang. Der Halbzeugverband ist bereits zusammengeschlossen und die Produzenten für Schienen und andere Fabrikate sind an einem solchen neuen Zusammenschluß gegenwärtig tätig. Die Erhöhung der Eisen- und Fertigfabrikate ist die natürliche Folge solcher Bestrebungen, und tatsächlich sind ja die Preise für Stab- und Bandeisen, auch für Draht und Bleche in den letzten Tagen bereits erhöht worden. Was wir jetzt an Zusammenschlußbestrebungen sehen, hat mit dem gesunden Kartellgedanken nichts zu tun. Auch vor dem Kriege hat schon gerade in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie ein sehr festgefügtes Kartell bestanden, das auch volkswirtschaftlich durchaus zu rechtfertigen war. Aber was sich unter dem Einfluß gewisser Interessenten jetzt entwickelt, ist nichts anderes als das Wiederaufleben jener Vereinigungen, die Preismonopole sich vorbehalten, und damit imstande sind, willkürlich die Preise zu diktieren.

Es ist weiterhin sehr bemerkenswert, daß die produzierenden Werke gegenwärtig außerordentlich zögernd die ihnen erteilten Lieferungsaufträge erfüllen. Diese Zurückhaltung hat ebenfalls ihre Begründung in Hoffnungen, daß die Preise noch weiter anziehen werden. Diese Situation ist um deswillen volkswirtschaftlich schädlich, weil ja noch bei weitem nicht die Produktionskraft der verschiedenen Werke ausgenutzt werden kann und immer noch sehr erhebliche Arbeitslosenziffern bestehen. Wenn unter solchen Verhältnissen noch nicht einmal der wirkliche Bedarf befriedigt wird, so erfährt die Volkswirtschaft nach zwei Seiten hin sowohl für die Verbraucher wie für die Produzenten eine empfindliche Schädigung.

Hier ist es Pflicht der berufenen politischen und wirtschaftlichen Faktoren, zeitig nach dem Rechten zu sehen. Wenn es richtig ist, daß gewisse Kreise geradezu darauf spekulieren, daß demnächst für Rechnung des Reparationskontos durch den Reparationsagenten Käufe in Eisen- und Stahlprodukten gemacht werden und wenn daraufhin heute schon versucht wird, das Preisniveau zu erhöhen, so ist ein solches Vorgehen nichts anderes als frivol. Denn solche Erhöhungen für die wichtigsten Produkte würden notwendigerweise eine allgemeine Hebung des Preisniveaus, das ohnehin schon weit über dem Frieden liegt, während die Einkünfte vielfach noch wesentlich unter dem Friedensstand stehen, herbeiführen, und es käme eine solche Aktion auf nichts Geringeres als auf eine Reparationssondersteuer durch die breiten Massen hinaus. Gerade diese Tendenzen, die sich in gewissen deutschen Kreisen bemerkbar machen, haben bisher auch schon dazu geführt, daß vom Ausland und namentlich auch für Reparationszwecke Aufträge in Fertigfabrikaten nur noch unter größter Zurückhaltung gegeben werden und daß man sich zunächst nur auf die Lieferung von Rohstoffen, insbesondere Kohlen beschränkt.

Mit all diesen Dingen, die hier spielen, hängt nun auch die gegenwärtige Börsenbewegung zusammen. Sie wird weiter genährt durch die Erwartungen, die bezüglich der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen gehegt werden, und bei denen ja von deutscher und französischer industrieller Seite versucht wird, den Grundstein für eine internationale Montan-Verständigung zu schaffen. Es wird zur Begründung der in den letzten Tagen verzeichneten außerordentlichen Steigerungen in deutschen Montanpapieren immer wieder an der Börse gesagt, daß sehr erhebliche und insbesondere auch französische Kaufaufträge in solchen Werten vorlägen. Im allgemeinen ist es richtig, daß auch von solcher Seite gute Käufe getätigt worden sind, aber den größeren Anteil an den Umsätzen stellt nicht nur die berufsmäßige Spekulation und zwar noch nicht einmal die ganz große sondern auch das kleine Publikum dar. Es ist tatsächlich in manchen Schichten wieder eine gewisse Sucht wahrzunehmen, sich wenigstens eine der jetzt vielgenannten großen Aktien zu verschaffen. Richtig ist, daß diese Bewegung auch von manchen Banken begünstigt wird, aber ebenso richtig ist daß die Grundbedingungen für eine stetige Kursentwicklung auch heute noch nicht gegeben sind.

Das amtliche Wahlergebnis für Westfalen-Nord.

Aus unverständlichen Gründen ist in Mitteilungen ständig berichtet worden, daß die Zentrumspartei in Westfalen-Nord bei der letzten Reichstagswahl nur 342 000 Stimmen gegenüber 380 000 bei den Maiwahlen bekommen habe. In Wirklichkeit sind für das Zentrum in Westfalen-Nord nach den amtlichen Ermittelungen 412 208 Stimmen also rund 32 000 Stimmen mehr wie im Mai ds. Js. abgegeben worden.

Vom Preußischen Landtag.

WTB **Berlin**, 22. Dez. Der Landeswahlausschuß für die Landtagswahlen in Preußen hat in seiner letzten Sitzung die Anzahl der Mitglieder des neuen preußischen Landtages auf 450 festgestellt. Es sind nunmehr Anfragen an die Doppeligewählten herausgegangen, ob sie sich für die Landesliste oder für den Wahlkreis erklären. Doppelt gewählt sind die Abgeordneten Braun (Soz. Ministerpräsident in Preußen), Clasfeld (Deutschnational), Frau Hanna (Soz.), Heilger (Deutschnational), Dr. Klamt (Wirtschaftspartei), Dr. von Kries (Deutschnational), Frau von Koleza (Deutsche Volkspartei), Meyer-Herford (Deutsche Volkspartei), Oelze (Deutschnational), Dr. Porsch (Zentrum), Dr. Schreiber (Demokrat), Severing (Soz.). Siering (Soz.), Frau Dr. Spohr (Deutschnational) und Stendel (Deutsche Volkspartei). Nunmehr ist noch, ehe die Namen der Landtagsmitglieder endgültig feststehen, auch die Frage zu klären, ob ein Abgeordneter, der in Preußen und dem Reiche gewählt ist, auf sein Landtagsmandat zu Gunsten des Mandats als Reichstagsabgeordneter verzichtet.

Die Angriffe gegen Marx

den man in der deutschnationalen Presse — man möchte nach der einheitlichen Angriffstaktik beinahe auf eine Absprache in diesem Feldzug schließen, — für den, die Rechtskoalition ablehnenden Beschluß der Zentrumsfraktion verantwortlich macht, nehmen einen Charakter an, der geradezu bösartig ist. In hämischer und häßlicher Weise wird Marx befehdet und es ist sehr bezeichnend, daß sich diesem Kampf auch volksparteiliche Blätter vom Range der Kölnischen Zeitung anschließen. Diese (Nr. 892) brachte es sogar fertig, dem Kanzler die Verantwortung dafür zuzuschieben, daß die Reichsregierung so schnell zurücktreten sei, und zwar werden dem Kanzler dafür „parteipolitische" Gesichtspunkte vorgeworfen. Es wird hinzugefügt, daß irgendwelche sachlichen Gründe für diesen Beschluß nicht vorhanden gewesen wären. Eine stärkere Verdrehung der Tatsachen ist doch wohl noch nicht dagewesen. Die Demission hat, wie doch gerade der Kölnischen Zeitung, als Organ der Deutschen Volkspartei bekannt sein könnte, nicht Marx, sondern Stresemann erschen Zeitung, als Organ der Deutschen Volkspartei bedemission forderte und damit auch die Aktionsfähigkeit der bisherigen Regierung verantwortete, hat sich nun indessen energisch dafür eingesetzt, diese Regierung, die er selbst stürzte, wieder bis zu den ersten Januartagen aktionsfähig zu machen. Das ist allerdings eine sehr staatliche Leistung und, wenn man sich an frühere Dinge erinnert, echt national-liberal!

Um die Gewinne der Rentenbank.

)(**Berlin**, 22. Dez. Die „Belasteten" für die Rentenbank, die nicht den landwirtschaftlichen Kreisen angehören, haben sich bekanntlich mit der Rentenbank dahingehend geeinigt, daß letztere einen Teil ihrer Gewinne in Höhe von 25 Mill. Mark an diese Kreise ausschüttet. Das Berl. Tgbl. erfährt hierzu folgende Einzelheiten: Die landwirtschaftlichen Kreise erhoben gegen diese Vereinbarung Einspruch und verlangen, daß von der Gewinnverteilung Abstand genommen und diese Ueberschüsse der Landwirtschaft im Wege des Kredits zugeführt werden. Die Reichsregierung verhandelt noch übe diese Frage, hat aber ihr Einverständnis noch nicht endgültig erteilt. Für den Fall der Gewinnausschüttung soll die Verteilung folg ndermaßen geschehen:

Die fälligen Zinsen für die Rentenmarkbelastung der nichtlandwirtschaftlichen Kreise betragen vom 1. April bis 1. Oktober 33 Mill. M., wovon die erste Hälfte bereits gezahlt wurde, während die zweite Hälfte von 16 5 Mill. M. am 15. Januar fällig wird. Nun soll ein Teil der Gewinnanteile von 25 Mill. M. mit den noch nicht bezahlten Zinsen kompensiert werden, so daß die 16 5 Mill. M. erlassen würden, während sich der noch verbleibende Gewinnanteil auf 8.5 Mill. M. vermindern würde. Nachdem die Rentenbank bei Gründung der Bank für deutsche Industrieobligationen den Gründungsbetrag von 2 5 Mill. M. in Form eines Darlehens zur Verfügung gestellt hat, wünscht die Industrie dieses Darlehen aus den obigen 8 5 Mill. M. zurückzuzahlen und den Rest von 6 Mill. M. an die einzelnen Industriellen im Verhältnis ihrer Rentenmarkbelastung zu verteilen.

Der dritte Weihnachtstag dienstfrei.

() **Berlin**, 22. Dez. Wie vom Gesamtverband deutscher Beamten mitgeteilt wird, hat das Reichskabinett auf Grund einer Eingabe der Beamtenspitzenorganisationen beschlossen, den dritten Weihnachtsfeiertag dienstfrei zu lassen. Die einzelnen Ressorts werden nach der Lage der Geschäfte und Art des Dienstes nähere Entscheidung treffen.

Steuerbefreiung zwecks Belebung der Neubautätigkeit.

:: **Berlin**, 22. Dez. Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin hat gemeinsam mit den Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft, der Reichsregierung und preußischen Staatsregierung folgende Anträge unterbreitet: a) die Freistellung von Wohnungsgrundstücken, deren Bau nach dem 1. Januar 1924 begonnen wurde auf zehn Jahre von der Reichsvermögenssteuer, b) steuerliche Abzugsfähigkeit der Aufwendungen für Neubauten bei der Reichseinkommensteuer und Körperschaftssteuer bezw. den Vorauszahlungen auf diese Steuern für zehn Jahre, c) Stundung der Grunderwerbssteuer bei Veräußerung zwecks Bebauung und endgültige Befreiung, wenn innerhalb von drei Jahren nach Auflassung die Bebauung durchgeführt ist, sowie die Befreiung von der Grunderwerbssteuer bei der ersten Veräußerung eines nach dem 1. Januar 1924 neubebauten Grundstückes, d) Stundung und Befreiung von Wertzuwachssteuern wie der Berliner Wertzuwachssteuer (wie zu c), e) Befreiung der 1924 und in den folgenden Jahren errichteten Neubauten von der preußischen Grundvermögenssteuer auf zehn Jahre.

Aus der Begründung heben wir hervor, es handelt sich nicht um die künstliche Belebung eines Wirtschaftszweiges auf Kosten anderer, sondern um die Ankurbelung einer gewerblichen Tätigkeit wegen ihrer zentralen Bedeutung der gesamten Wirtschaft zugunsten dieser. Ein Abbau der den Grundstückverkehr und das Baugewerbe besonders belastenden Steuern für Reich, Staat und Gemeinde bedeute keinen absoluten Ausfall an Steuereinnahmen da bei vermehrter Bautätigkeit ein Ausgleich durch anderweite Steuereinnahmen geschaffen wird. Auch andere Staaten, wie die Tschechoslowakei, Oesterreich und Italien und innerhalb Deutschlands auch Bayern, haben bei ihrer Steuerpolitik Grundsätze verfolgt, wie sie mit obigen Anträgen verfolgt werden.

Antrag auf Volksentscheid in der Flaggenfrage

:: **Berlin**, 22. Dez. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat beschlossen, die Lösung der Flaggenfrage im Wege des Volksentscheids zu versuchen, da die nach der Verfassung für die Einführung der Farben schwarzweißrot nötige Zweidrittelmehrheit im Reichstag sich nicht finde.

Deutschland und der Völkerbund.

Bekanntlich hat die deutsche Regierung, als vor kurzem die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund brennend wurde, ihre prinzipielle Bereitschaft zwar erklärt, jedoch Einwendungen gegen bestimmte Paragraphen des Völkerbundsstatuts gemacht. Namentlich erscheint es der Reichsregierungn untragbar, ohne weiteres sich der Klausel dieses Statuts zu unterwerfen, nach welcher jeder Staat zu einer kriegerischen Anteilnahme an der Bundesexecutive gegen eine beteiligte Macht, die zur Raison gebracht werden sollte, verpflichtet sei. Darüber haben nun diplomatische Verhandlungen stattgefunden, die inzwischen soweit vorgedrungen sind, daß die deutsche Regierung in einer offiziellen Note ihren Standpunkt zu dieser Frage darlegt. Des weiteren wird in Ausführungen, die dieser Note beigegeben werden, auch der Standpunkt der Reichsregierung zu anderen, mit der Frage der Beteiligung Deutschlands am Völkerbund zusammenhängenden Fragen gekennzeichnet. Der Völkerbundsrat, der sich offiziell mit der Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu befassen haben wird, dürfte kaum vor Ende Januar zusammentreten.

Frankreichs Schulpolitik im Saargebiet.

Eines der Hauptmittel Frankreichs, die im Jahre 1935 stattfindende Abstimmung im Saargebiet zu seinen Gunsten zu beeinflussen, ist die Kulturpropaganda die es vor allen Dingen in den Schulen zu fördern sucht. Eine gewisse Handhabe dazu bietet ihm der Vertrag von Versailles, der im Artikel 50 der Anlage C 1 bestimmt, daß mit den Kohlengruben des Saarbeckens auch alle Nebenanlagen der Gruben, die zur Verarbeitung und zur Beförderung der Kohle dienen, sowie die Verwaltungsräume, Schulen, Krankenhäuser, Arbeiterwohnungen in französisches Eigentum übergehen. Derselbe Artikel bestimmt dann weiter noch, daß der französische Staat jederzeit als Nebenanlagen der Gruben Volksschulen und technische Schulen gründen und unterhalten und den Unterricht darin in französischer Sprache nach einem von ihm festgesetzten Lehrplan durch von ihm ausgewählte Lehrer erteilen lassen kann.

Es handelt sich hier also nur um die Schulen, die zu den Zechenanlagen gehören. Im übrigen hat der Versailler Vertrag ausdrücklich die Aufrechterhaltung der deutschen Schulen und der deutschen Sprache zugesichert. Die Regierungskommission des Saargebietes hätte also von rechtswegen die Pflicht, die deutschen Landesschulen zu schützen. Aber wir haben in den verflossenen Jahren immer stärker die Beobachtung machen müssen, daß die Schulpolitik im Saargebiet darauf hinausläuft, das deutsche Schulwesen zu französieren oder zu unterdrücken. Um dieser Rechtswidrigkeit ein Mäntelchen umzuhängen, hat die Regierungskommission Verfügungen erlassen, wonach auch Kinder des deutschen Personals der Kohlengruben, ja sogar Kinder der nicht zum Grubenpersonal gehörenden Landesbewohner ihrer Schulpflicht in den französischen Schulen genügen können. Als Lockmittel wird kostenlos Lieferung von Lehrmitteln und Kleidung gewährt, werden Weihnachtsgeschenke ausgeteilt, Gratisreisen nach Frankreich zugesagt, und alle möglichen Vergünstigungen in Aussicht gestellt. Wo das nicht hilft, wird mehr oder minder scharfer Druck angewandt, um den Besuch der französischen Schulen zu heben. Angestellte, die ihre Kinder nicht in die französischen Schulen schicken, werden aus den Wohnungen verwiesen oder gar entlassen.

Wiederholt hat die deutsche Regierung und die Bevölkerung des Saargebietes selbst beim Völkerbund, dem allein das Saargebiet zu treuen Händen übergeben wurde, heftige Klagen und Beschwerden über diese vertragswidrige französische Schulpolitik der Regierungskommission geführt, ohne daß es bisher gelungen wäre, eine Aenderung herbeizuführen.

Nunmehr hat auch der zurzeit in Rom tagende Völkerbundsrat sich mit dieser Frage befaßt, und es ist dabei zu einer scharfen moralischen Verurteilung der französischen Schulpolitik im Saargebiet durch das italienische Mitglied des Völkerbundsrates Salandra gekommen. Salandra erstattete einen sehr ausführlichen Bericht über diese Frage, in dem er die Gesichtspunkte der deutschen Regierung und diejenigen der Regierungskommission des Saargebietes mit bemerkenswerter Objektivität darlegte. Er teilte dabei mit, daß Frankreich nach der letzten Verhandlung mit dem Völkerbundsrat über die strittige Frage ein Gutachten des englischen Juristen Professors Mitchell und der schwedischen Regierung eingeholt habe. Das schwedische Gutachten billigt durchaus den in drei verschiedenen Noten an den Völkerbund dargelegten Standpunkt der deutschen Regierung, während der englische Professor den Standpunkt der Regierungskommission unterstützt. Zum Schluß seines Berichtes sagte dann Salandra: „Ich habe das Vertrauen zu der Regierungskommission, daß sie nunmehr, da sie sich nicht nur über die rechtliche Seite der Frage, sondern auch über ihre politische und moralische Seite durchaus klar ist, auch die Mittel finden wird, um die Unruhe zu beseitigen, die durch diese Affaire in gewissen Kreisen der saarländischen Bevölkerung hervorgerufen zu sein scheint."

Um die Bedeutung dieser Worte noch besonders hervorzuheben, gab der englische Delegierte Chamberlain der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierungskommission sich in Zukunft auch über die psychologische Wirkung ihres Vorgehens Rechenschaft ablegen werde. Dann nahm der Völkerbundsrat von dem Bericht Salandras Kenntnis.

Wollte der Völkerbundsrat nicht einen offenen Konflikt mit der Regierungskommission des Saargebietes heraufbeschwören dann konnte er deren Schulpolitik nicht schärfer verurteilen, als er es durch die Genehmigung der Ausführungen Salandras getan hat. Dieses Empfinden hat wohl die Regierungskommission selbst gehabt da sie durch ihren Präsidenten Raoult versprach, künftighin den Anregungen des Rates gern zu folgen.

Wir können nur wünschen und hoffen, daß diese Zusage auch gehalten wird und daß nun endlich auch im Saargebiet die vertraglich festgelegten Rechte Deutschlands respektiert und einer ordnungsmäßigen Abstimmung im Jahre 1935 der Weg frei gemacht wird.

Kurze Berichte vom Tage.

Am Sonntag haben sich in Berlin wieder zwei schwere Straßenbahnzusammenstöße ereignet. Beide zusammenstoßenden Wagen wurden schwer beschädigt. Zwölf Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt. Der zweite Zusammenstoß erfolgte eine Stunde später vor dem Kaffee Vaterland am Potsdamer Platz. Auch hier ereignete sich der Unfall infolge falscher Weichenstellung. Vier Personen wurden teils schwer, teils leicht verletzt.

*

Der Generalkonsul der Sowjetregierung in Paris, Außem, ist, wie der Petit Parisien meldet, in Begleitung eines Handelsagenten in Paris eingetroffen.

*

Wie das Journal aus Lissabon meldet, hat die portugiesische Regierung beschlossen, das gesamte Vermögen des ehemaligen Königshauses zu konfiszieren, wenn der ehemalige König Manuel, wie angekündigt wird, sich in die politischen Fragen einmischt.

*

Dem Tageblatt zufolge ist der Posten des Oberbürgermeisters von Hannover, den bisher der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Leinert inne hatte, nunmehr öffentlich ausgeschrieben worden.

*

Der vom Zentralarbeitslosenkomitee geplante Massenaufmarsch der Arbeitslosen in Wien ist von der Polizeidirektion verboten worden, weil eine Störung der Ruhe und Ordnung befürchtet wird. Gleichzeitig wurden die nötigen Vorkehrungen getroffen, damit alle Versuche einer Nichtbeachtung dieses Verbotes im Keime erstickt werden können.

*

Nach einem Telegramm des Tageblattes aus Stockholm hat der Vorstand des Textilindustriellenverbandes die Aussperrung bei seinen sämtlichen Mitgliedern beschlossen, da die Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen gescheitert sind. Die Aussperrung, die am 1. Januar 1925 in Kraft tritt, trifft über 90 000 Arbeiter.

Von Rhein und Ruhr.

Zur Räumung der Kölner Zone.

WTB **London**, 22. Dez. Observer schreibt zur Frage der Räumung der Kölner Zone: Nach dem deutsch-französischen Krieg haben die deutschen Truppen Frankreich binnen drei Jahren geräumt. Aber nach der französischen These, die wieder mit vollem Nachdruck aufgestellt werde, habe die 15jährige Räumungsfrist überhaupt noch nicht begonnen. Wenn

Deutschland keines ernsten Verzuges überführt wird, dann bleibt uns dem Buchstaben nach, nichts anderes übrig, als entsprechend dem vorgezeichneten Plan zu räumen. Aber es bestehen praktische Schwierigkeiten. Die Frage der Räumung muß von den Alliierten nach dem Empfang des Berichtes der Kontrollkommission erörtert werden, der allerdings nicht vor dem 10. Januar 1925 zu erwarten ist. Als Grund für diese Verzögerung nennt Lord Curzon den deutschen Widerstand gegen die Kontrolle. Man kann aber die gleiche Tatsache auch anders darstellen, indem man sagt, daß bei der Ruhrbesetzung die Kontrolle preisgegeben wurde. Diese ist eine Sache, bei der Deutschland seine Verantwortlichkeit hat genau wie Großbritannien und Frankreich. Herriot bemüht sich, die unkluge Politik seines Vorgängers zu berichtigen. Es liegt im Interesse des französischen Ansehens und der europäischen Stabilität daß er Erfolg hat.

WTB Paris, 21. Dez. Zur Frage der Räumung der Kölner Zone schreibt Figaro: Wenn Deutschland die Entwaffnungsbestimmungen nicht erfüllt habe, werden die englischen Truppen in Köln bleiben, wenn aber die Kontrollkommission der Ansicht sei, daß Deutschland die Vorschriften des Friedensvertrages erfüllt habe, dann müsse man für eine provisorische Weiterbesetzung der Kölner Zone Deutschland als Entschädigung eine raschere Räumung des Ruhrgebiets versprechen. Courzon habe, als er am Dienstag im Oberhause sprach, nur den ersten Teil dieser Frage behandelt. Was veranlasse also die deutschen Blätter dazu, anzukündigen, daß die englischen Truppen nicht vor dem Sommer die Kölner Zone räumen würden. In diesem Falle müßten die Alliierten sich verständigen, ferner auch mit Deutschland verhandeln. Diese Verhandlungen würden im Augenblick vorbereitet.

Eine Unterredung von Hoesch's mit Laroche.

WTB Paris, 22. Dez. Wie Havas berichtet, hatte der deutsche Botschafter von Hoesch gestern abend eine Unterredung mit dem politischen Direktor im Außenministerium, Larocha. Obwohl über die Schritte des deutschen Botschafters das größte Stillschweigen bewahrt wird, glauben einige Blätter gewisse Betrachtungen über den Inhalt der Besprechungen veröffentlichen zu können. Man hält es für wahrscheinlich, daß außer anderen aktuellen Fragen auch die Frage der Räumung der Kölner Zone, die augenblicklich im Vordergrunde stehe, besprochen wurde.

Der Bericht der Militärkontrollkommission.

WTB Paris, 22. Dez. (Drahtb.) Das Journal des Debats meldet in einem Leitartikel, daß der Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission über die Generalinspektion in Deutschland heute vormittag in Paris eintreffen soll.

Havas meldet dazu, daß die interalliierte Militärkontrollkommission in Versailles die unter dem Vorsitz des Generals Foche stehe, heute eine Sitzung abgehalten habe. Es sei wahrscheinlich, daß sie über den Bericht vom Stand der deutschen Entwaffnung gesprochen habe. Die interalliierte Militärkontrollkommission wird dann den Bericht über diese Frage für die Botschafter-Konferenz vorbereiten, die höchstwahrscheinlich in der nächsten Sitzung am kommenden Mittwoch darüber zu beraten haben wird.

Kirchliches.

Auf einer großen Priesterversammlung, die am 12. Dezember in Essen stattfand, machte der Vorsitzende aus einem Briefe ergreifende Mitteilungen über die schwierige Lage des Bischofs von Schweden. Die Essener Priesterversammlung beschloß, sich mit folgender Entschließung an die Katholiken Deutschlands um Hilfe zu wenden:

Die Generalversammlung der Unio cleri pro missionibus im Erzbistum Köln nimmt mit Besorgnis und Bedauern Kenntnis von der äußerst bedrängten Lage des hochwürdigsten Herrn Apostolischen Vikars von Schweden, Bischof Dr. Johannes Eric Müller in Stockholm, der ohne nennenswerte materielle Hilfsmittel die Seelsorge unter unseren, in weitester Zerstreuung lebenden kathol. Glaubensbrüdern in Schweden leitet. Die Konferenz macht den hochw. Klerus und die Gläubigen auf diese Lage aufmerksam und bittet zum bevorstehenden Weihnachtsfeste der großen Not eines deutschen Bischofs auf wichtigem kirchlichen Außenposten zu gedenken und eine Gabe zu senden." Die Zentralen des deutschen Glaubensvereins in Aachen und München sind bereit, die Gaben zu vermitteln und bitten bei der Einzahlung zu bemerken: Für Schweden. (In Aachen Konto „Franziskus Xaverius-Missionsverein", Postscheckamt Köln Nr. 47 860).

Der erste Pilgerzug.

)(**Rom**, 22. Dez. Der erste deutsche Pilgerzug zur Eröffnung des Heiligen Jahres ist gestern abend wohlbehalten und pünktlich hier eingetroffen. Zum Empfang des unter Leitung des Generalsekretärs Raps und des Vertreters des ständigen Zentralkomitees der Katholikentage, Hauptredakteur Dr. Hoeber, stehenden Zuges hatten sich am Bahnhof eingefunden Prälat Steinmann, Gesandtschaftsrat Klee und Commendatore Kappenberg. Die Pilger nahmen Quartier in Fischers Parkhotel und im Hospiz Sankt Marta. Nach dem Sonntagsgottesdienst im deutschen Campo Santo zogen die Pilger nach Sankt Peter zu den Apostelgräbern.

Eröffnung der Missionsausstellung in Rom.

WTB Rom, 22. Dez. Die Missionsausstellung wurde heute vom Papst bei Anwesenheit von 24 Kardinälen, des diplomatischen Korps beim Heiligen Stuhl vieler Bischöfe, Prälaten und Würdenträger des päpstlichen Hofes eröffnet. Der Präsident des Generalkomitees, Kardinal von Rossum, hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache. Der Papst antwortete und würdigte das Werk der Mission, die überall, selbst in den entferntesten Teilen der Welt, christliche Gesittung und christlichen Glauben verbreitet. Die Ausstellung wird am Vorabend des Weihnachtsfestes und des Heiligen Jahres eröffnet. So würden die, die nach Rom kommen, sich ein Bild von der Mission machen können. Zum Schluß mahnte der Papst die Gläubigen, den Missionaren mit ihren Gebeten zur Seite zu stehen. Darauf erteilte er den päpstlichen Segen und besichtigte die Ausstellung und beglückwünschte die Veranstalter und die Aussteller.

Zu den Handelsvertragsverhandlungen.

Deutschland führt zur Zeit Handelsvertragsverhandlungen mit einer großen Anzahl von Staaten. Der Grund für diese Häufung liegt bekanntlich darin, daß am 10. Januar 1925 die Vorteile fortfallen, die den früheren Kriegsgegnern bisher der Versailler Vertrag durch die einseitige Meistbegünstigung gewährt hat und daß man noch möglichst vorher zu einem neuen vertragsmäßigen Zustand kommen möchte..

Um die Bedeutung der Handelsverträge beurteilen zu können, ist es notwendig, sich ein Bild davon zu machen, wie sich der Handel mit den einzelnen Ländern in der Nachkriegszeit gestaltet hat. Die nachstehende Tabelle, die der neuesten Veröffentlichung (Der Deutsche Außenhandel im Jahre 1923 und im 1. Halbjahr 1924 mit Großbritannien, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Elsaß-Lothringen, Saargebiet, Spanien, Italien, Schweiz, Oesterreich, Tschechoslowakei, Polen, Danzig, Rußland, Japan, 356 S. Verlag Reimar Hobbing, Berlin) des Statistischen Reichsamts entnommen ist, zeigt welchen Anteil die wichtigsten Staaten, mit denen zur Zeit Verhandlungen schweben, an der deutschen Gesamt ein- und Ausfuhr haben.

Herkunfts- und Bestimmungsland	Deutsche Einfuhr aus 1. Halbjahr 1924 Mill. G.M.	v. H.	Deutsche Ausfuhr nach 1924 Mill. G.M.	v. H.
Deutsche Gesamt-Ein- u. Ausfuhr	4448,6	100	2820,5	100
Davon aus oder nach				
Großbritannien	436,1	9,8	229,8	8,1
Belgien	65,8	1,5	40,7	1,4
Luxemburg	14,8	0,3	2,5	0,1
Frankreich	99,5	2,0	39,8	1,4
Elsaß-Lothringen	244,3	5,5	5 2	0,2
Saargebiet	34,8	0,8	27,1	1,0
Italien	168,9	3,8	103,1	3,7
Spanien	52,6	1,2	40,3	1,4
Schweiz	141,3	3,2	153,6	5,4
Oesterreich	67,9	1,4	150,7	5,3
Tschecho-Slowakei	209,9	4,7	167,1	5,9
Polen	197,0	4,4	134,8	4,8
Danzig	40,5	0,9	42,4	1,5
Rußland	64,3	1,4	36,2	1,3
Japan	6,5	0,1	73,2	2,6

Bei Beurteilung dieser Zahlen darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Verwaltungsverhältnisse im besetzten Gebiet die Statistik empfindlich gestört haben. Dies gilt insbesondere für diejenigen Staaten, mit denen der Verkehr sich im wesentlichen über die Westgrenze abwickelt.

Von Bedeutung ist auch, wie sich der Handelsverkehr der genannten Länder mit Deutschland nach ihrer eigenen Statistik stellt. Auch hierüber enthält die erwähnte Veröffentlichung Angaben, soweit die Ergebnisse schon vorliegen.

Gesamtaußenhandel

Länder E-Einfuhr A-Ausfuhr		Anteil Deutschlands in Millionen Goldmark v. H. 1. Halbjahr 1924	1. Halbjahr 1924
Großbritanien	E	10890,9	262,1	2,4
ohne Irland	A	8416,0	743,8	8,8
Belgien	E	1593,5	147,5	9,3
einschl. Luxemburg	A	1252,6	133,8	10,7
Frankreich	E	4320,0	214,0	4,9
einschl. Elsaß-Lothr.	A	4635,1	465,4	10,0
Italien	E	1744,1	134,3	7,7
	A	1232,5	143,0	11,6
Oesterreich	E	934,7	136,7	14,6
	A	482,5	66,8	13,8
Tschecho-Slowakei	E	899,6	311,2	34,6
	A	970,9	186,0	19,3
Rußland	E	181,2	48,4	26,7
	A	324,9	62,0	19,1

Bei diesen Zahlen muß man sich allerdings vergegenwärtigen, daß vielfach Waren als Einfuhr von oder Ausfuhr nach Deutschland erscheinen, für die Deutschland nur Durchgangsland ist, und daß umgekehrt zum Teil Waren fehlen, die bei demjenigen Lande erscheinen, über das der Verkehr mit Deutschland geht. Für Verhandlungszwecke ist daher die deutsche Statistik trotz ihrer Lückenhaftigkeit infolge des Ruhreinbruchs — vielleicht abgesehen von den Weststaaten — im allgemeinen eine bessere Unterlage als die ausländische Statistik. . Es ist deshalb zu begrüßen, daß das Statistische Reichsamt, das früher die Zahlen über den Außenhandel mit den einzelnen Ländern nur jährlich herausgab, in dieser neuen Veröffentlichung den besonderen Anforderungen, die die Wirtschaft im Augenblick an die Statistik stellt, Rechnung trägt.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

WTB Paris, 22. Dez. Matin veröffentlicht Erklärungen eines der französischen Unterhändler für den Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages. In den Erklärungen wird behauptet, daß Frankreich ungenügend vorbereitet die Verhandlungen mit den deutschen Delegierten aufgenommen habe, während die deutschen Delegierten dazu vorbereitet waren und in voller Kenntnis der französischen Aktionsmittel die Verhandlungen aufgenommen hätten. Der rasche Abschluß des deutsch-englischen Handelsvertrages widerspreche dem nicht; denn England, das sich das Meistbegünstigungsrecht vorbehielt, rechnet eben darauf, daß Frankreich bei seinen Handelsvertragsverhandlungen auch selbst die größtmöglichsten Vorteile verschaffen will. Die französischen Unterhändler seien also isoliert und ungenügend bewaffnet auf eine wahre chinesische Mauer" gestoßen, nämlich auf den übertriebenen Protektionismus Deutschlands, das sich sagt, um den Dawesplan durchzuführen, darf unser Export nicht beschränkt werden, und um unsere Währung stabil zu erhalten, ist es notwendig, daß unser Import auf das genaueste Mindestmaß beschränkt wird. Das war die Spekulation, die man vor 6 Wochen bei Beginn der Verhandlungen vorgefunden habe. So liege sie auch heute noch. Man brachte zwar die „Chinesische Mauer" ins Wanken, aber sie sei noch hoch genug, damit kein französisches Produkt sie mit Nutzen überschreiten könne. Die, die sie verteidigt hätten, hätten übrigens durch die letzten Reichstagswahlen eine neue Verstärkung erhalten. Auf die Frage des Matin-Redakteurs, ob die Lage sehr ernst sei, antwortete der französische Unterhändler, keineswegs, denn es handelt sich nur darum, einige Stunden länger als bis zum 10. Januar auszuhalten, da doch Frankreich nach dem 10. Januar auch aus der Meistbegünstigung Vorteile ziehen könne. Frankreich habe dann auch Zeit seine Zolltarife zu vervollkommnen und zwar durch die Annahme des jetzt dem französischen Parlament vorliegenden neuen Tarifes. Im allgemeinen, so schloß der französische Unterhändler, der als einer der bestunterrichtetsten bezeichnet wird, müsse man bedenken, daß die Franzosen und die Deutschen ein großes Interesse an einer Einigung hätten, wenn man auch davon noch weit entfernt sei. Uebrigens dürfe man die Verbindung des Erzes mit der Kohle nicht vergessen.

Bevorstehendes russisch-japanisches Abkommen

WTB London, 22. Dez. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph meldet, er höre, daß der Abschluß eines Abkommens zwischen Japan und Sowjetrußland bevorstehe, das sehr weitgehenden Charakter habe. Darin werde bestimmt, daß Japan auf seine territorialen Ansprüche in Nord-Sachalin verzichtet. Auch werde die Sowjetregierung eine langfristige Konzession für die Ausbeutung der dortigen Oelfelder erhalten, die für die japanische Kriegsflotte von lebenswichtiger Bedeutung seien.

Ausland.

Angriffe gegen das Kabinett Herriot

WTB Paris, 22. Dez. In Epinal fand gestern eine Kundgebung der national-republikanischen Liga gegen die Politik des Kartells der Linken statt. Der ehemalige Kriegsminister Maginot, der die Hauptrede hielt, kritisierte scharf die Außen- wie die Innenpolitik des Kabinetts Herriot. Er wandte sich insbesondere gegen die Aufgabe des Ruhrpfandes und die Schwächung der Sicherheit Frankreichs, die auch durch den Genfer Pakt nicht garantiert würde. Er verurteilte weiter die beabsichtigte Aufgabe der französischen Vertretung vom Vatikan einerseits und die Zulassung einer Sowjetbotschaft in Paris als Zentrum revolutionärer Agitation und Propaganda andererseits. Der Redner schloß, die Autorität sei nicht mehr in den Händen der Minister. Sie gehe immer mehr an unverantwortliche Organisationen und Gruppen über. Das Regime der Klubs und Komitees herrsche und das werde zur Revolution und Diktatur führen.

Pressevertreter im Krankenzimmer Herriots.

WTB Paris, 22. Dez. Ministerpräsident Herriot der, wie bereits berichtet, gestern abend im Krankenzimmer die Vertreter der französischen Presse empfing, unterhielt sich nach Abgabe einer Erklärung über den Kommunismus mit den Journalisten und erklärte, wie Havas berichtet, auf Befragen über die außenpolitische Lage, noch seien keine Reibungen mit anderen Staaten zu befürchten. Er brauche wohl nicht die vertrauensvolle Freundschaft zu unterstreichen, die in den Beziehungen Frankreichs zu anderen Mächten, besonders zu England herrsche. Diese Freundschaft werde Gelegenheit haben, sich am 10. Jan. zu zeigen, wenn die Frage der Räumung der Zölner Zone durch die englischen Truppen akut werde.

Der Aufstand in Albanien.

WTB Belgrad, 21. Dez. Der englische Gesandte Young erschien gestern abend im Außenministerium, um über einige Vorgänge in Albanien Aufklärung zu erbitten. Gesandter Markay erklärte dem englischen Gesandten, daß Cena Beg, der Führer der Aufständischen im Gjumagebiet, albanischer und nicht südslavischer Herkunft sei, wie dies behauptet werde. Im übrigen sei es schon vor Monaten kein Geheimnis mehr gewesen, das in Albanien die Unzufriedenheit mit dem herrschenden Regime immer schärfere Formen annehme.

WTB Paris, 22. Dez. Nachrichten aus albanischer Quelle besagen, das die albanischen Truppen die Stadt Kouma wieder eingenommen, 23 Gefangene und 1 Maschinengewehr, sowie eine Kanone erbeutet hätten. In der Gegend von Dibra dauert der Kampf noch an. Das Kriegsschiff, das die Italiener nach Durazzo entsandt haben, ist vorgestern dort eingetroffen. Die russische Mission, die sich in Albanien aufhielt, hat sich vorgestern eingeschifft.



Die schweigende Frau.

9) Roman von **Anny von Panhuys.**

Er ward offener. „Sieh, Ursula, seit du auf Treuenberg weilst, ist's lieber, heimischer und schöner im Vaterhause geworden. Viele Sorgen wichen seitdem. Es ist, als ob du uns allen das Glück mitbrächtest."

Ursulas rosige Wangen wurden bleich, wie sie es sonst immer waren.

„Ich dürfte das Glück kaum mitgebracht haben, Vetter, das Glück scheut vor mir, und wenn es jetzt auf Treuenberg weilt, so hängt das sicher nicht mit meiner Gegenwart zusammen."

Nun lag auch der alte angstvolle Ausdruck wieder in den großen Frauenaugen.

Herbert fragte sanft: „Gefällt es dir denn bei uns Ursula, ist es dir nicht zu einsam bei uns? Deine Schönheit gehört in die laute Welt. Du kommst mir manchmal vor wie eine Kostbarkeit, die vor tausend Augen strahlen und glänzen müßte, und die man auf stillem Seitenweg verloren hat, wo sie nun liegt von Staub bedeckt, von niemanden in ihrer wahren Kostbarkeit erkannt." Er sah sie heiß und werbend an. „Doch einer erkennt sie wohl, sieht ihr Strahlen und Glänzen auch unter dem Staub, und er begehrt die Kostbarkeit, doch wagt er nicht die Hand danach auszustrecken."

Er schwieg und dachte erschreckt, nun war er doch eigentlich etwas ga rzu deutlich geworden.

Das war ja eine förmliche Liebeserklärung gewesen.

Sein Empfinden an diesem wundervollen Herbstmorgen hatte ihn überwältigt. Das Alleinsein mit der schönen Ursula hatte ihn hingerissen.

Jetzt wartete er auf Antwort, sehnte sich danach und bangte auch davor.

Er blickte Ursula nicht an, wartete fiebernd auf ihr Sprechen.

Als sie ihm zu lange schwieg, wandte er sich ihr wieder zu, und da sah er an ihren langen Wimpern Tränen hängen.

„Du weinst, Ursula?" stieß er erschreckt hervor. O Gott, was hatte er denn nur getan! War es so schlimm, was er gesagt?

Hätte sie nicht mit einem kleinen Scherz, ebenfalls auch mit einer kurzen Grobheit seiner deutlichen Liebeserklärung die Spitze abbrechen können? Weshalb standen Tränen in ihren Augen? Sie zu beleidigen, ihr wehe zu tun, hatte wahrlich nicht in seiner Absicht gelegen.

Er berührte mit der Linken leise und zaghaft ihre Hand, Er wollte bitten: Sei nicht böse! Doch sie lächelte jetzt schon wieder, lächelte unter Tränen.

Es war ein bittertrauriges Lächeln.

„Du vergleichst mich eben mit einer Kostbarkeit, die auf stiller Landstraße verloren ging und nun, von Staub bedeckt, nicht zeigen kann, wie kostbar und glänzend sie ist." Das Lächeln verflog. „Höre, Vetter, es gibt viele Kostbarkeiten, die niemand berühren mag, weil Sünde und Schuld daran hängen. Für solche mag es wohl am besten sein, wenn sie verloren gehen und irgendwo im Staub liegen für immer."

Herbert atmete gepreßt. Er hatte vorhin ein Gleichnis gebraucht, nun antwortete ihm Ursula auch mit einem Gleichnis. Einem völlig unverständlichen noch dazu. Denn niemals konnte und wollte er glauben, daß Sünde und Schuld die schöne Ursula drückten. Schuldige haben nicht so reine Züge, so klare, wahre Augen.

Er schüttelte den Kopf.

„Ursula, du darfst so etwas nicht sagen, es paßt nicht zu dir! Wenn eine wie du Sünde und Schuld trägt, dann traue ich keinem mehr auf der weiten Herrgottserde."

Ursulas Tränen schwanden, sie hatte ihre Behrrschung wiedergefunden. Was hatte sie nur plötzlich so schwach gemacht?

Sie, deren Miene undurchdringlich geblieben, als sie getan, was wahrlich über Menschenkraft gegangen? Sie, die mit hart aufeinandergepreßten Lippen durchs Leben ging, weil sich das Bekenntnis einer Tat hervordrängen wollte, das nie, nie laut werden durfte.

Weshalb mußte sie vor Herbert Rhoden ihre Tränen zeigen?

Herbert Rhoden hatte sie lieb, sie wußte es, spürte es seit langem, aber sie wußte auch, daß sie niemals den Mut haben würde, eines Mannes Gefährtin zu sein, nachdem . . .

Ihre Schläfen schmerzten jetzt, so weh taten die Erinnerungen, die nun aus dem Tor der Vergangenheit herausmarschiert kamen und sie ansahen, hart und unbarmherzig.

Sie hörte Herbert neben sich schwer Atem holen, ihr fiel ein, er wartete wieder auf Antwort, und sann, daß es doch eigentlich gar keinen Zweck hatte, in Gleichnissen hin und her zu reden. Herbert verstand den tiefen Sinn dessen, was sie sagte, doch nicht, sollte ihn auch nicht verstehen. Sie trug ihr geheimes Wissen allein weiter wie bisher. Das war die Buße für ihre Schuld, die sie sich selbst auferlegt.

Sie versuchte zu lächeln.

„Was reden wir für Unsinn zusammen, Herbert, komm, laß es genug sein des grausamen Spiels, im übrigen möchte ich vorschlagen, daß die Pferde ein flotteres Tempo anschlagen, deine Mutter soll zufrieden mit mir sein, wenn sie heimkommt, und ich will mich gleich jetzt ordentlich um die Wirtschaft kümmern." — Herbert faßte die Zügel straffer, mit ein paar scharfen Gaumenlauten trieb er die Pferde zu beschleunigterem Gang an.

Ursula wollte ihm ausweichen, sie zeigte es ihm deutlich genug, sie schenkte ihm kein Vertrauen.

Ueber seiner Nasenwurzel kerbte sich eine tiefe Falte ein.

Ohne miteinander zu sprechen, saßen die beiden zusammen.

Ursula blickte den Vetter von der Seite an. Er tat ihr leid. Viel zu schade war er dafür, ihretwegen Kummer zu leiden. Sie suchte nach Worten, die ihm gut tu sollten, ud fand sie nicht.

Schon kam Treuenberg in Sicht und sie schwiegen beide immer noch. — Wie malerisch der weitausgedehnte Gutshof mit seinen breiten Flügeln und langgestreckten Schrunen dalag. Im Vordergrund rechts erhob sich die kleine Treuenberger Kirche, die früher von der eine halbe Stunde entfernten Dorfgemeinde Treuenberg benutzt wurde, obwohl sie zum Gutshof gehörte. Seit die Gemeinde aber ein neues eigenes Gotteshaus im Dorf besaß, fanden nur noch Taufen, Hochzeiten und Trauerfeiern der Familienmitglieder darin statt. Unter der Kirche mit dem stumpfen plumpen Turm lag das Erbbegräbnis der Rhodens, Gut Treuenberg war seit mehr als zwei Jahrhunderten im Besitz der gleichen Familie.

Ursula dachte zufrieden, wie glücklich es sich doch gefügt daß sie Onkel Justus hatte beistehen können, als ihn der rücksichtslose Gerstmann bedrängte.

Die Fabel von der Maus und dem Löwen fiel ihr ein. In diesem Falle war sie die Maus gewesen, hatte ihre schwache Kraft genügt, dem Löwen zu helfen.

Man hatte sie auf Treuenberg empfangen, ohne sie mit lästigen Fragen zu quälen, hatte ihr ein Asyl geboten. — Wie gut, daß ihr Gelegenheit geworden, ihre Dankbarkeit zu betätigen.

Treuenberg war für sie der Hafen geworden, in den sie sich gerettet, nachdem sie draußen auf dem wilden Lebensmeer bösen Schiffbruch gelitten. Sie hatte sich eingelebt.

Seit die Sorgen von Treuenberg geflohen, war es schön und lieb, war es heimatlich warm hier zu leben.

Sie begriff nicht, daß sie im Anfang einmal daran gedacht, wieder fortzugehen. Sie fröstelte. Nein, sie wollte nicht fort von hier, sie fürchtete sich vor der Welt da draußen. Ihr Gesicht war weich und versonnen.

Herbert fragte leise, er konnte nichts anders, so rätselhaft schien ihm der Ausdruck auf dem Gecht Ursulas:

„Woran denkst du eben, ich meine, es mag etwas ganz besonders Liebes sein?"

Sie hob die Wimpern und gab Antwort.

„Ich dachte, es müsse wundergut sein, da drüben in der alten Kirche begraben zu werden. Ich weiß, es ist die letzte Ruhestätte der Rhodens. Ich war noch niemals unten in der Gruft," fuhr sie fort, „aber nun verspüre ich plötzlich Verlangen, einmal hinabzusteigen zu euren Vorfahren. Friedlich muß es sich zwischen ihnen schlummern."

(Fortsetzung folgt.)

Die albanische Regierung an den Völkerbund.

WTB Rom, 22. Dez. Zum Appell der albanischen Regierung an den Völkerbund wegen der angeblichen Anteilnahme von Jugoslaven an der Aufstandsbewegung in Albanien bemerkt die offiziöse Agencia di Roma, diese Frage hätte gewisse Ueberraschung in der italienischen Oeffentlichkeit hervorgerufen und fordere eine bestimmte und endgültige Antwort von jugoslavischer Seite. In diplomatischen Kreisen glaubt man, daß eine solche Antwort nicht lange verzögert werden könne.

Türkei und Sowjetrußland.

() **Konstantinopel**, 22. Dez. Zwischen der Türkei und Sowjetrußland besteht gegenwärtig eine gewisse Spannung. Die türkische Regierung wirft der Sowjetregierung vor, durch Vermittlung ihrer Botschafter und ihrer Handelsdelegation in Konstantinopel eine methodische revolutionäre Propaganda zu entfalten. In Konstantinopel sei außerdem das Zentrum für die revolutionäre Propaganda in den Nachbarländern. Der Außenminister hatte gestern eine Unterredung mit dem Sowjetbotschafter, wobei er, wie verlautet, mit der Ausweisung der meisten Mitglieder der Botschaft und der Handelsdelegation drohte, sofern die Propaganda nicht aufhören sollte. Der Botschafter ist daraufhin nach Moskau abgereist, um sich mit Tschitscherin zu besprechen.

Eine englische Note an die Vereinigten Staaten über die Tragweite der neuen Schiffsgeschütze.

WTB Paris, 22. Dez. Wie Journal aus Washington meldet, richtete England kürzlich eine Note an die Vereinigten Staaten die sich mit der Tragweite der neuen Kanonen beschäftigte, die auf den amerikanischen Kreuzern eingebraut werden sollen. Die Tragweite dieser Geschütze sei größer als die im Washingtoner Protokoll über die Herabsetzung der Rüstungen vorgesehene. Der Inhalt dieser englischen Note sei noch nicht veröffentlicht. Man versichert jedoch in gut unterrichteten Kreisen, daß die englische Regierung gegen diesen Plan der amerikanischen Marineleitung protestiere.

Die Kämpfe in Marokko.

London, 22. Dez. Nach einer Meldung aus Tanger hat Primo de Rivera seine Rückreise nach Madrid wiederum verschoben, da er durch die Truppenbewegung in Marokko zurückgehalten werde. Die Spanier räumen die Stellung bei Kudiat Gensuro und Ben Karrieh. Die Kämpfe gegen die Andiceras nehmen ihren Fortgang und richten sich gegen deren Hauptstützpunkte. Ueber ihr Ergebnis wird jedoch nichts bekannt gegeben.

Soziales.

Neue Reichsgrundsätze für die öffentliche Fürsorge.

In seiner Sitzung vom 5. Dezember hat der Reichsrat dem Entwurf von Reichsgrundsätzen über Voraussetzung Art und Maß der öffentlichen Fürsorge zugestimmt. Diese Grundsätze sollen am 1. Januar in Kraft treten. Von da ab werden für die wichtigsten Gebiete der öffentlichen Fürorge im ganzen Reich einheitliche Bestimmungen gelten, ohne daß jedoch eine Schematisierung der Fürsorge beabsichtigts ist. Im Gegenteil: die Reichsgrundsätze lehnen eine einseitige Fürsorge, die alle Hilfsbedürftigen ohne Rücksicht auf Art und Ursache ihrer Not gleichmäßig behandelt, ab. Die Reichsregierung hat wie bisher so auch jetzt daran festgehalten, daß die Opfer des Krieges und der Geldentwertung, die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sowie die Klein- und Sozialrentner mit besonderen Fürsorgemaßnahmen bedacht werden. Neben den allgemeinen Vorschriften enthalten daher die Fürsorgegrundsätze besondere Anordnungen für die sogenannte „gehobene" Fürsorge, die die Kleinrentner, Sozialrentner und die ihnen Gleichstehenden sowie die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen umfaßt.

Die allgemeinen Fürsorgebestimmungen enthalten den Leitgedanken, daß die Fürsorge den Hilfsbedürftigen möglichst in Stand setzen soll, sich und seinen unterhaltsberechtigten Angehörigen den Lebensbedarf selbst zu beschaffen. Die Fürsorge wird deshalb alle Einrichtungen für Hilfsbedürftige, besonders solche zur Beschäftigung Erwerbsbeschränkter in erster Linie zu fördern haben. Hilfsbedürftig ist, wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht mehr ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht von anderer Seite, insbesondere von seinen Angehörigen erhält.

Die neuen Grundsätze stellen auch klar, was in Zukunft an die Fürsorgebedürftigen gewährt werden soll: Lebensunterhalt, insbesondere Unterkunft, Nahrung, Kleidung, Pflege, Krankenhilfe, Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit. Daneben erhalten Minderjährige Erziehung zur Erwerbsbefähigung, Schwangeren und Wöchnerinnen wird je nach Art und Grad ihrer Hilfsbedürftigkeit ärztliche Behandlung. Entbindungskostenbeitrag und Stillgeld gewährt unter Sicherstellung der Familienwochenhilfe im Sinne der Reichsversicherungsordnung. Blinden, Taubstummen und Krüppeln wird die Erwerbsbefähigung gewährleistet, insbesondere auf dem Wege der produktiven Fürsorge. Im Falle der Erwerbsunfähigkeit tritt eine Unterstützung bis zum Lebensende ein.

Eingehende Bestimmungen sind darüber getroffen, welche eigenen Mitteln der Hilfsbedürftige vor Gewährung der Fürsorge einzusetzen hat. Insbesondere dürfen Fürsorgestellen bei Kleinrentnern und Sozialrentnern nicht verlangen, daß sie das kleine Vermögen, Hausrat, Familienstücke oder Gegenstände, die zur Befriedigung geistiger, besonders wissenschaftlicher oder künstlerischer Bedürfnisse dienen, verwerten müssen, ehe ihnen aus öffentlichen Mitteln Hilfe zuteil wird. Für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wird als Mindestmaß der Hilfe das für die Kleinrentner vorgeschlagene Minimum gewährleistet. Im übrigen bleibt die bisherige besondere Sozialfürsorge für diese Kategorien aufrechterhalten.

Die Grundsätze des Reiches geben den Ländern nur allgemeine Richtlinien für die Ausübung ihrer Fürsorge, sie hindern sie keineswegs, darüber hinaus weitere Hilfe zu gewähren. Das gleiche gilt für die Fürsorgeverbände im Rahmen der landesrechtlichen Vorschriften.

Zur Arbeitszeitfrage

wird uns vom 1. Bezirk des christlichen Metallarbeiterverbandes folgendes geschrieben:

Bekanntlich ist durch die Tätigkeit der Gewerkschaften, vornehmlich des Christlichen Metallarbeiterverbandes, die Arbeitszeitfrage soweit gediehen, daß der Reichsarbeitsminister sich veranlaßt sieht die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 23 in Anwendung zu bringen und zwar der Gestalt, daß auf Grund des § 7 dieser Verordnung für die Arbeiter in den Hochofen-Betrieben, Kokereien und Nebenbetrieben die achtstündige Arbeitszeit wieder eingeführt werden soll. Die Arbeitgeber versuchen nun mit allen Mitteln die Regierung zu bewegen, diese Verordnung nicht in Kraft zu setzen. In den den Arbeitgebern nahestehenden Tageszeitungen sind fast täglich Darstellungen über die evtl. Auswirkung der verkürzten Arbeitszeit zu finden. Mit welchen Mitteln seitens der Arbeitgeber in dieser Frage operiert wird, zeigt nachfolgende Abschrift eines Schreibens des Arbeitgeberverbandes:

Arbeitgeberverband.

Betr. **Ueberarbeit.** **Gruppe Nordwest.**

An unsere Herren Mitglieder!

Hierdurch zur gefl. Nachricht, daß wir laut Beschluß unserer Sitzung großen Wert auf Ueberstunden legen, besonders bei den Gruppen

Schwerarbeiter,

um bei den kommenden Arbeitszeitverhandlungen mit greifbaren Belegen entgegenwirken zu können.

Wir bitten hiervon Kenntnis nehmen zu wollen und uns diesbezügliches Material sofort, zum mindesten aber bis zum 31. Dez. 24 zuzusenden.

Wenn schon mit solchen Mitteln im Arbeitgeberlager gearbeitet werden muß, ist der beste Beweis erbracht, daß die Begründung der Arbeitgeber in dieser Frage auf sehr schwachen Füßen steht.

Bücherschau.

Fünf Junggesellen und ein Kind. Eine trauriglustige Geschichte von Ludwig Mathar. 8 Oktav (4 und 144 S.) Freiburg i. Br. 1924, Herder. Geb. in Leinwand G.-M. 3.—

Ein richtiger Mathar! Im Rheinland daheim mit seinen lustigen Sonnen- und wehmütigen Regentagen' Oder von d fe[illegible] wackeren Junggesellen ist trotz allem eine Prachtfigur für sich, dem das Leben trotz aller Schrulligkeit tiefer sitzt, als man es bei solchen alten Hagestolzen vermuten sollte. Wie die 5 Alten ihren gemeinsamen Hausstand gründen und, wie sie sich von dem Jungen der armen verstoßenen Ev gängeln lassen und, wie — — Nein! Das muß man selber lesen! Wer's mit erleben will, der kaufe das Buch!

Die Hacker vom Freiwald. Roman von Anton Schott. 8 Oktav. (4 und 318 S.) Freiburg i. Br. 1924, Herder. Geb. in Leinwand G.-M. 4,60.

Ein Roman aus der harten, düsteren Gegenwart, mit treffenden Lichtern die Mängel der Zeit streifend! Ein paar urwüchsige Waldbauern leben darin; Schicksal eigenes Wollen verschlingen sich zu dunklem Gewebe. Ueber das Düstere des Bildes jedoch triumphiert die Macht des Guten und Ewigen!

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

:: **Olpe**, 23. Dez. **Die Zahlung der Militärversorgungsgebührnisse** für Januar 1925 findet bei den Postanstalten bereits am 27. Dezember statt.

!! **Olpe**, 23. Dez. **Weihnachtsdienst beim hiesigen Postamt.** Am 24. Dezember werden die Schalter nachmittags von 2—4 Uhr, statt 3—6 Uhr geöffnet. Am 25. Dezember findet eine einmalige Orts-, Land- und Paketbestellung statt. Am zweiten Feiertage ruhen sämtliche Bestellungen.

„" **Olpe**, 22. Dez. Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, ist, sind am 24. Dezember die Geschäftsräume der Reichsbank, der Deutschen Bank und der städt. Sparkasse für das Publikum geschlossen.

!! **Olpe**, 23. Dez. **Für die Aufwertung von Sparkassengu.haben und Gemeindeanleihen** wird durch den Preußischen Minister des Innern die Anordnung vom 9. April in Erinnerung gebracht, daß von Vereinbarungen und Beschlüssen über solche Aufwertung vorläufig abzusehen ist. Die Durchführungsbestimmungen zu § 7 der 3. Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 sind noch nicht vollständig erlassen. Diese Fragen sind noch in der Schwebe. Die neuen Anordnungen der Regierung stehen aber bevor.

„" **Drolshagen**, 23. Dez. Hier ist man zurzeit damit beschäftigt, die Ueberlandleitung der Telegraphen- und Telephondrähte in einem neu gelegten Kabel zu vereinigen. — Die Bäume an der Frontseite unseres Marktplatzes sind vor einigen Tagen hinter das neu erbaute Kriegerdenkmal verpflanzt worden. Dadurch bietet der Marktplatz ein freieres Bild und das Ehrenmal kommt bedeutend besser zur Geltung. — Hoffentlich beginnt man im nächsten Frühjahr damit, die Umgebung des Denkmals zu verschönern. Unser Städtchen würde dadurch vom ästhetischen Standpunkte aus um Vieles gehoben.

!! **Aus der Landgemeinde Attendorn**, 22. Dez. **Beschlüsse der Schuldeputation und der Gemeindevertretung** in den letzten Sitzungen am 15. Dezember in Attendorn und am 17. Dezember in Listernohl.

1. Schuldeputation.

1. Bericht des Gemeindevorstehers und des Baumeisters über die Besichtigung der Schulen.

Die Besichtigung hat ergeben, daß an allen Schulen Reparaturen erforderlich sind, da solche in den letzten Jahren wegen der Ungunst der Verhältnisse unterbleiben mußten. Es wurde beschlossen, die notwendigsten baulichen Reparaturen und sonstigen Instandsetzungen sofort auszuführen, die Mängel, deren Abstellung nicht so eilbedürftig ist, im Frühjahr beseitigen zu lassen.

2. Transformatorenhaus Ennest. Das Transformatorenhaus soll auf dem Schullande in der Nähe der Schule errichtet werden. Hiermit war der Hauptlehrer nicht einverstanden. Da jedoch ein anderer geeigneter Platz nicht vorhanden ist, bleibt es bei dem Beschlusse. Auf Wunsch der Regierung ist ein Projekt aufzustellen, das sich der heimischen Bauweise anpaßt.

3. Schulneubau in Listerscheid. Der Vorsitzende, Amtmann Becker, berichtet über den Stand der Verhandlungen mit der Regierung. Letztere wird Kommissare zu einer Ortsbesichtigung entsenden, zu der auch die Mitglieder der Schuldeputation geladen werden. Die Platzfrage ist noch nicht endgültig geklärt.

4. Neuregelung der Entschädigung für die Schulreinigung. Die Vergütungen werden ab 1. November wie folgt erhöht: für einklassige Schulen auf 140 M., zweiklassige Schulen 220 M., für drei- und mehrklassige Schulen 100 M. je Klasse. Die Sätze für Reinigungsgeräte bleiben unverändert. Die Schuldienerinnen sind gegen Krankheit und Invalidität zu versichern.

5. Verschiedenes. Schuldeputation ist grundsätzlich bereit, dem Lehrer a. D. Weber zu Windhausen einen Bauplatz zu überlassen. Das Gesuch des Hilfsweichenstellers Friedrich Rauterkus zu Beukenbeul auf Mitbenutzung der Wasserleitung der Schule wird abgelehnt.

2. Gemeindevertretung.

1) Schulsachen. Die Beschlüsse der Schuldeputation fanden Zustimmung.

2. Stellungnahme zu der Ortsvorsteherfrage. Beschlußfassung wird vertagt.

3. Festsetzung eines Zuschusses zu den Bullenstationen. Solange nicht sämtliche Stationen ordnungsmäßig besetzt sind, werden Zuschüsse nicht gewährt.

4. Grundstücksaustausch mit Anton Selter, Hülschotten. Mit der von Selter gestellten Bedingung auf Uebernahme der vollen Auflassungskosten und Ueberlassung des Holzes der abzutretenden Fläche erklärt sich die Vertretung einverstanden.

5. Antrag W. Stamm, Mühlhofe auf Befreiung von den Unterhaltungskosten der Listerstraße für den Personenautoverkehr. Es soll zunächst mit Stamm verhandelt werden.

6. Antrag Wilh. Belke- Milstenau auf Vermessung des Weges Milstenau-Ennest. Wird vertagt.

7. Antrag Franz Selter und Peter Buschmann, Ennest auf Erhöhung von Grundentschädigung. Ueber den Antrag soll nach Rechnungslegung entschieden werden. Die Parzelle Flur 9 Nr. 293-0, 40, 10 Qm., groß ist an Peter Buschmann aufzulassen.

8. Auflassung einer Wegeparzelle an die Witwe Joh. Bender zu Listernohl. Die Gemeinde tritt das Grundstück Flur 10, Nr. 511-0. 15 Steuergemeinde Ewig, 1.24 Ar. groß, im Austauschwege ab.

9. Antrag der Gemeinde Helden auf Ausbau des Weges Dünschede—Ahausen. Gemeindevertretung beschließt, die Vorarbeiten-Verhandlung mit Freiherrn von Landsberg und den Heggener Kalkwerken, Aufstellung des Projektes baldigst in Angriff zu nehmen. Für diesen Zweck wird eine Kommission aus dem Amtmann und Gemeindevorsteher und den Verordneten Schulte, Sange und Wigger, Heggen gewählt.

10. Antrag des Forstsekretärs Schroer, Attendorn auf Erhöhung der Vergütung für die Beaufsichtigung der Forstkulturarbeiten etc, Die Vergütung wird erhöht.

11. Festsetzung einer Entschädigung für die Ausführung der Viehzählung. Es werden je Zähler 3 Mark bewilligt.

12. Verhandlung mit den Bauanwärtern des Siedelungsgeländes „Hohen Hagen" bei Listernohl wegen Ausbau eines Weges. Beschlußfassung wird vertagt.

13. Steuerstundungen. Die vorliegenden Anträge wurden durchberaten und entschieden.

14. Durchführung der Hand- und Spanndienstordnung. Folgende durchgehende Wege sollen von dem Hand- und Spanndienst frei sein: Biggestraße vom Schabernak bis Bruchwalze, Attendorn—Windhausen—Lichtringhausen— Plettenberg; Attendorn — Ennest —Hülschotten vorläufig; Papiermühle — Ebbelinghagen mit Anschluß des Weges nach Beukenbeul; Heggen— Sange—Hülschotten; Heggen—Holsenbock—Attendorn. Es werden folgende Wegebezirke gebildet, in denen die jedesmal darunter angegebenen Wegestrecken durch Hand- und Spanndienste unterhalten werden müssen: 1. Heggen—Sange—Illeschlade—Ahausen—Hollenbock. Durch Leistung von Hand- und Spanndiensten sind zu unterhalten: Weg von Heggen nach Finnentrop (Finnentroperstraße). Weg über den Finnenhöh von Heggen nach Ahausen, Heggen zum Trensing, Sange—Illeschlade, Sange—Milstenau.

2. Ennest—Holzweg— Milstenau—Waterland. Von den Hand- und Sanndienstverpflichteten zu unterhalten: Enne—Holzweg—Waterland, Ennest—Milstenau mit Anschluß an den Attendorner Weg, Milstenau, nach Kempen Schulweg nach Mühlhardt, Ennest—Attendorn (Stadtweg), Milstenau—Sange, Schulweg Holzweg—Rauterkusen, Holzweg—Attendorn.

3. Windhausen—Dahlhausen—Weltringhausen — Rocheid—Keuperkusen. Windhausen—Dahlhausen bis zur Grenze Biekhofen, Windhausen—Keuperkusen, Windhausen—Weltringhausen, Keuperkusen —Rauterkusen **Wege in der Ortslage.**

4. Rauterkusen—Bremge. Rauterkusen—Waterland, Bremge—Rauterkusen—Keuperkusen.

5. Lichtringhausen—Hebberg —Neuenhof —Ruttmecke—Ebbelinghagen. Lichtringhausen—Ebbelinghagen—Neuenhof—Hebberg, Lichtringhausen —Weltringhausen.

6. **Biekhofen—Rautersbeul. Biekhofen—Attendorn,** Biekhofen —Rautersbeul, Biekhofen —Windhausen Mühlenweg Biekhofen, Rautersbeul—Hespecke.

7. Kraghammer —Ewig—Hespecke —Petersburg—Merklinghausen. Kraghammer über Bausenberg nach Listernohl. Merklinghausen—Erlen mit Anschluß nach Petersburg, Erlen— Bausenberg.

8. Listerscheid—Wamge —Nierhof —Albringhausen. Listerscheid—Minkenschlade, Ortsweg in Albringhausen.

9. Weschede Beukenbeul—Papiermühle. Weschede—Papiermühle (alter Weg), Bukenbeul—Hespecke, Beukenbeul—Weltringhausen.

10. Listernohl—Maiwormshammer —Klinke—Weusterhammer—Neue Weuste—Eichen, Klinke—Bausenberg Klinke—Neue Weuste, alte Listerstraße bis zur Sperrmauer, Maiwormshammer—Bausenberg, Maiwormshammer—Ackerschott, Kirchstraße in Listernohl, Eichen—Wamge, Listernohl—Hohen Hagen.

11. Voßstepen—Wörmge—Uelhoff. Dumicke—Weg, Dumicke—Hohen Hagen.

12. Imminghausen—Ackerschott. Imminghausen—Bremge, Ackerschott—Bremge, Ackerschott—Waldenburg.

13. Hülschotten—Wirmge—Tiefenau. Hülschotten—Ennest, Hülschotten—Wimge; Hülschotten—Landemert. Ueber die von jedem Hand- und Spanndienstpflichtigen zu leistenden Tagewerke ist eine Liste aufzustellen, die zur Einsicht der Beteiligten vor der Festsetzung öffentlich in den verschiedenen Bezirken ausgelegt wird. Der Anrechnungswert eines Morgens Land wird auf 30 Pfg. festgesetzt.

Provinzielles.

WTB Essen, 22. Dez. Das Ignatiushaus, der erste Teil des von Jesuitenpatres geleiteten Jugendheimes in der Freiligrathstraße, ist heute vormittag durch ein feierliches Hochamt mit Te Deum eingeweiht worden.

WTB Gießen, 22. Dez. **Massenmörder Angerstein nach Limburg übergeführt.** Der Massenmörder Angerstein ist nach seiner Heilung nunmehr unter besonderen Vorsichtsmaßregeln nach dem Gefängnis in Limburg übergeführt worden.

WTB Frankfurt, 22. Dez. **Heute vormittag** erschoß im Vorort Rödelsheim ein Ingenieur die 22jährige Tochter eines Bankbeamten, da diese die Beziehungen zu ihm eingestellt hatte. Der Täter tötete sich darauf selbst.

WTB Stuttgart, 22. Dez. **Vier Knaben eingebrochen und ertrunken.** In Heisterhofen sind heute beim Schlittschuhlaufen vier Knaben im Alter von 9 bis 11 Jahren eingebrochen und ertrunken.

Vermischtes.

Verurteilungen.

Berlin, 22. Dez. Vor dem großen Schöffengericht zu Charlottenburg wurde der 22jährige Kraftwagenführer Otto Müller, der im September an einer Straßenbahnhaltestelle am Hohenzollerndamm ein Dienstmädchen überfahren hatte und sich um die Schwerverletzte nicht weiter kümmerte, zu drei Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vor dem Lichterfelder Amtsgericht hatte sich heute der Chauffeur Fritz Buchholz zu verantworten, der im Oktober auf der Kehlendorfer Chaussee den Gymnasiasten Wechsler, Sohn eines Berliner Universitätsprofessors, überfahren und tödlich verletzt hatte.

Ein Familiendrama.

WTB Berlin, 22. Dez. Heute früh wurde in ihrer Wohnung im Südosten der Stadt die 58 Jahre alte Witwe Straßer mit schweren Verletzungen tot aufgefunden. In der mit Gas angefüllten Küche lag im bewußtlosem Zustande ihre Schwiegertochter, die 20 Jahre alte Frau Pieper. Aus einem vorgefundenen Zettel der letzteren geht hervor, daß sie ihre Schwiegermutter getötet hätte, weil sie von dieser allzusehr gekränkt worden sei.

Kommunistische Unruhestifter.

WTB Berlin, 22. Dez. Anschließend an die Weihe der neuen Glocken einer Kirche in dem Berliner Vorort Buchholz, an der sich neben anderen Verbänden auch der örtliche Kriegerverein beteiligte, wurde ein Teil der Teilnehmer von einer Anzahl jugendlicher Kommunisten überfallen. Es entstand eine Schlägerei. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Die Polizei nahm etwa 30 Personen fest.

Ein Eisenbahnunglück in Amerika.

K **Chippewa Falls**, 22. Dez. Ein schreckliches Eisenbahnunglück trug sich auf der Brücke über dem Chippewafluß auf der Strecke Minneapolis-Chicago zu. Der letzte Speisewagen des Expreßzuges nach Chicago löste sich gerade auf der Brücke vom vorhergehenden Wagen und stürzte aus 60 Fuß Höhe in das eisige Wasser des Chippewaflusses. Im Speisewagen befanden sich zur Zeit des Unglücks mindestens 21 Personen. Man glaubt, daß 13 Personen bei dem Unglück ihr Leben eingebüßt haben. Bei den 8 Geretteten waren die Kleider buchstäblich am Körper festgefroren.

Wetterbericht des Observatoriums in Essen.

WTB Essen, 22. Dez. Der festländische Hochdruck (775 mm.) liegt in seinem Kern über den Alpen und deren nördlichen Vorlanden. Da er ringsum von nördlichem Luftdruck umgeben ist, nimmt seine Stärke langsam ab, doch dürfte er die allgemeine Lage wenig verändern. Infolge seiner zentralen Lage ist der Luftabfluß aus dem Hochdruckkern nach allen Seiten etwas größer geworden und Aufheiterung eingetreten, sodaß in Rheinland und Westfalen leichter Nachtfrost eingetreten ist. Die Küstengebiete haben dagegen nach wie vor wolkiges und sehr mildes Wetter. Auch die höheren melden frostfreies Wetter und keine Schneedecke. Der kräftige ozeanische Tiefdruck zieht in der Hauptsache im Norden vorüber.

Voraussage bis Mittwoch: Trocken, meist heiter. Nachtfrost etwas stärker. Später strichweise Nebelbildung wahrscheinlich.

Wirtschaftliches.

Elberfelder Schlachtviehmarkt.

WTB Elberfeld, 22. Dez. Auftrieb 656 Stück Großvieh, darunter 86 dänischer Herkunft: davon 196 Ochsen und 94 Bullen, 335 Färsen und Kühe. 39 Fresser. 1061 Schweine, 634 Kälber, 37 Schafe.

1. Rinder: a 54—56 für 50 Kg. Lebendgewicht. b 50—52; c 40—44; d 30—38; 2 Bullen a 45—48, b 37—42, c 30—36. 3. Färsen und Kühe a 54—56, b 50—52, c 38—44; d 33—37, e 20—30. 4. Jungvieh a 25.

2. Kälber a gestrichen, b 80—85; c 75—80; d 65 bis 70, e 50—60.,

3. Schafe a Stallmastschafe a 30—40. b Weideschafe a 20—30.

4. Schweine a 68—70, b 70—72, c 73—75, d gestrichen, e 60—65; f 60—70.

Tendenz des Marktes: Großvieh sehr schleppend mit großem Ueberstand. Schweine langsam. Kälber mittel.

Berliner Getreidebörse.

WTB Berlin, 22. Dez. Weizen Märkischer 22,2 bis 22,8, März 26.55—26,60; April 27.05; Mai 27,2 bis 27,3. (behauptet.) Roggen: Märkischer 21,9—22,2, Januar: 24,0; Febr.: 24.7; März: 25.3; Mai 26,2 bis 26,1 (behauptet). Gerste: Sommergerste 24,2 bis 27,1, Wintergerste und Futter 19,8—20,2 (ruhig). Hafer: Märkischer 17.5—18,7. Mais: 21,6—21,8 Mai 20.6 (ruhig). Weizenmehl 31—34 (ruhig). Roggenmehl 31—34 (ruhig). Weizenkleie 14,70—14,80 (stetig). Roggenkleie 13,60—13,80 (stetig).

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe. Verantwortlich für die Gesamtredaktion: J. V.: A. Rademacher-Olpe; für die Berliner Redaktion: J. V. Krauß, Berlin-Schöneberg.

Preiswert und doch gut kaufen Sie zu Weihnachten sowie für Verlobungen stets

frische Schnittblumen, Topfblumen, Palmen, Edeltannen u. s. w.

Kleine Körbchen von 5,— Mk. an.

Gärtnerei Gerbermann Olpe i. W.,

Telefon 250.



Von Freitag, dem 26. Dezember, ab, haben wir eine große Auswahl hochtragender und frischmelker

Kühe und Rinder

zum Verkauf stehen.

Julius Moses S. Rosenberg Kirchen,

Telef. 193 Amt Betzdorf.

Von heute ab veranstalte ich in meiner Kleinverkaufsstelle **Frankfurterstraße 7** wegen Aufgabe derselben einen

Ausverkauf zu fabelhaft billigen Preisen.

Während der Ausverkaufstage wird Ihnen Gelegenheit geboten, sich für wenig Geld gute Qualitätsware anzuschaffen.

Aug. Broich, Cigarren- und Tabakwaren-Großhandlung, **Olpe.**

Bekanntmachung

wegen Abgabe von Umsatzsteuererklärungen für 1924.

Gemäß § 35 des Umsatzsteuergesetzes haben die Umsatzsteuerpflichtigen innerhalb des Monats Januar 1925 eine Steuererklärung über die Umsätze des Kalenderjahres 1924 abzugeben. Das gilt sowohl für die zur allgemeinen Umsatzsteuer Pflichtigen wie für die zur erhöhten Umsatzsteuer Pflichtigen, sofern der Veranlagungsabschnitt für sie das Kalenderjahr ist. Es gilt auch für die zur erhöhten Umsatzsteuer Pflichtigen, für die der Veranlagungsabschnitt kürzer als ein Kalenderjahr ist, soweit sie für die Veranlagungsabschnitte des Kalenderjahres 1924 Steuererklärungen noch nicht abgegeben haben und noch nicht veranlagt sind.

Die Umsatzsteuerpflichtigen im Bezirk des Finanzamtes Olpe werden hierdurch aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen bis spätestens 31. Januar 1925 bei dem unterzeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Zur Erleichterung des Veranlagungsverfahrens wird bestimmt:

1. Die Angehörigen der Land- und Forstwirtschaft sowie des Gartenbaues werden bis auf weiteres für die Umsätze aus diesen Betrieben — wozu auch die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe gehören — von der Pflicht zur Abgabe von Steuererklärungen entbunden.
2. Auch die sonstigen Steuerpflichtigen (Gewerbetreibende, Angehörige freier Berufe usw.) brauchen eine Steuererklärung von sich aus nicht abzugeben, wenn sie auf Grund sorgfältiger Prüfung nach bestem Wissen und Gewissen die Ueberzeugung erlangen, daß die Summe der Voranmeldungen, die sie über ihre Umsätze des Kalenderjahres 1924 abgegeben haben, und die Summe der geleisteten Vorauszahlungen ihren tatsächlichen steuerpflichtigen Umsätzen im Kalenderjahre 1924 entspricht.

Vordrucke zur Steuererklärung werden bei dem unterzeichneten Finanzamt kostenlos abgegeben.

Nach Ablauf des Monats Januar kann denjenigen Umsatzsteuerpflichtigen, die eine Steuererklärung nicht abgegeben haben, nach dem Ermessen des Finanzamts ein Vordruck zur Umsatzsteuererklärung zur Ausfüllung binnen zwei Wochen übersandt werden. Die Einreichung der Erklärung kann durch — erforderlichenfalls zu wiederholende — Geldstrafen bis zu je 5000 R.-M. erzwungen werden; Umwandlung in Haft ist zulässig. Das Gesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht oder sonst vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit Geld- und Freiheitsstrafen; der Versuch ist strafbar. Bei verspäteter Einreichung einer vom Finanzamt angeforderten Umsatzsteuererklärung ist das Finanzamt berechtigt, einen Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer aufzuerlegen.

Olpe, den 19. Dezember 1924.

Finanzamt.

Oeffentliche Versteigerung.

Im Auftrage des Landwirts **Heinrich Bonrath** in **Feldmannshof** werde ich

am Freitag, dem 2. Januar 1925, vormittags 10 Uhr

anfangend, in dessen Wohnung die im Grundbuch von Bleche eingetragenen Grundstücke, und zwar:

5 Hektar Acker,
3 „ Wiese,
4 „ Holzung

nebst

Wohnhaus, Stallanbau und Scheune

parzellenweise öffentlich gegen bar und Kredit versteigern.

Verkaufsbedingungen werden im Termin bekanntgegeben.

Drolshagen, den 22. Dez. 1924.

Schürholz, beeid. Auktionator.

Städtisches Schauspielhaus Hagen i. W.

Dienstag, 23. Dez. 3½ Uhr, „Der gestiefelte Kater" (Märchen) B. V. P. 7½ Uhr, Reihe B. 7 „Madame Butterfly". (Oper).
Mittwoch, 24. Dez., geschlossen.
Donnerstag, 25. Dez., 7½ Uhr, „Hoffmanns Erzählungen". (Oper).
Freitag, 26. Dez., 6½ Uhr, "Lohengrin". (Oper).
Samstag, 27. Dez., 7½ Uhr. „Das Dreimäderl-haus". (Operette).
Sonntag, 28. Dez., 6½ Uhr, „Lohengrin" (Oper).

Am Mittwoch, dem 24. Dezember

bleiben unsere Geschäftsräume von 12 Uhr ab für den Verkehr mit dem Publikum

geschlossen.

Reichsbanknebenstelle, Olpe,
Deutsche Bank, Zweigstelle, Olpe,
Städtische Sparkasse, Olpe.

Am hl. Abend und am 1. Feiertage sind unsere Lokale

geschlossen

Wirtevereinigung der Aemter Bilstein und Kirchhundem.

Schwarzen Fuchspelz

welcher mir aus dem Schaufenster mitgenommen ist bitte ich sofort zurück zu bringen oder zu bezahlen, andernfalls Anzeige erfolgt.

Karl Arndt, Olpe.



Junge legereife **Hühner** offeriert zu M. 4,50 p Stück. Bei 20 Stck franko. Garantiert lebende Ankunft.

Jost Koch Wwe.
Weidenau-Sieg 112.



Zwei gute **Ziegen** zu verkaufen.

Olpe, Josephstr. 16.

Musikinstrumenten-Spezialhaus
Karl Horn, Siegen,
liefert nur Qualitätswaren. Katalog frei. Fernruf 1175



Todes-Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen gestern morgen 9 Uhr unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin u. Tante, die

Wwe. Landwirt
Clemens Willecke
Anna geb. Vormberg

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Sie starb nach kurzer, schwerer Krankheit, die der Verlust ihres lieben Mannes verursachte, gestärkt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, im Alter von 62 Jahren.

Um ein Gebet für die liebe Verstorbene bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Apollmicke, Germaniahütte, Attendorn, Eickel, Welschenennest, Silberg u. Dorlar, den 21. Dez. 1924.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, dem 24. Dezember morgens 9 Uhr in der Pfarrkirche zu Kirchveischede, danach das Seelenamt.

Gesang- u. Gebetbücher

empfiehlt als passende Weihnachtsgeschenke

Ruegenberg'sche Buchhandlung, Olpe, Bahnhofstraße.

Verdingung.

Die Anstreicherarbeiten zum Neubau Finanzamtsgebäude in Olpe

sollen öffentlich vergeben werden. Die Verdingungsunterlagen liegen beim Stadtbauamt in Olpe aus und können gegen Erstattung der Vervielfältigungskosten von — M. von dort bezogen werden.

Angebote mit entsprechender Aufschrift sind bis zum 29. Dez. 1924 vormittags 11,30 Uhr am Stadtbauamt einzureichen. Zuschlagsfrist 10 Tage.

Olpe, den 23. Dez 1924

Der Bürgermeister:
Sommerhoff.

Auktion.

Der Nachlaß der Ww. Jos. Rademacher in Altenhof soll in deren Wohnung am Samstag, dem 27. Dez. morgens 9½ Uhr, anfangend öffentlich meistbietend versteigert werden. Es kommt zum Verkauf

eine Wannemühle, eine Centrifuge. 1 Kleiderschrank, 1 Glasschrank, 1 Vertikow, Tisch, Stühle. Lehnbänke, Herd, Ofen und anderes Haus- und Küchengerät.

Beträge bis zu 3.— Mk. sind bar zu bezahlen.

Anton Schneider, (Vormund)
Altenhof bei Wenden.

Strebsame, redegewandte

Vertreter

für den Besuch der Landkundschaft zum Vertrieb chem. techn. Artikel gesucht.

Hohe Provision und Gewinnbeteiligung.

Offerten unter Chiffre †6136 an die Geschäftsst. dss. Blattes.

Leistungsfähige und eingeführte

Wurstwarenfabrik

sucht zum Besuch der einschlägigen Kundschaft einen tüchtigen

Provisionsvertreter.

Angebote mit Referenzen unter †6152 an die Geschäftsstelle dss. Bls.

Unfall- und Invaliden-, Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Rentensachen werden beraten und vertreten in den Terminen der Ber. Aemter Arnsberg in Siegen und Berlin

Heinr. Schneider, Siegen, Kreuzweg 23.

Sprechstunden: Dienstags, Mittwochs und Donnerstags von 8—12 Uhr vorm. Vorhandene Papiere mitbringen

Frische, blühende Topfblumen, Blattpflanzen u. Schnittblumen

eingetroffen.

Hermann Degenhard, Olpe.

Wir kaufen laufend

Nadelgrubenholz, Fichtenstangen, Brennholz, Spitzenknüppel

und erbitten Angebote.

Eickelmann & von der Burg,
G. m. b. H.,
Werden-Ruhr.

Pianos, Flügel, Harmoniums, Sprechapparate

Herm. Loos,
G. m. b. H.,
Siegen. Ruf 466

Ein erstklassiger 2jähriger angekörter

Zuchtbulle

(Herdbuch B.) weil überzählig zu verkaufen oder geg. eine Kuh zu vertauschen.

Ww. Schmelzer,
Neger bei Olpe.

Für Mittwoch frischen

Ia. Schellfisch, frische Eier.

Für die Feiertage alle Sorten frisches Gemüse, Obst- und Gemüseconserven, ferner Weintrauben, Wal-, Hasel-, Erd-, Para- u. Cocosnüsse, Feigen, Datteln, Krachmandeln, Kastanien, Citronen, verschied. Sorten schöne Aepfel, Aepfel in 10 Stck. 80 Pfg., Käse in den verschiedensten Sorten. Große Auswahl geräucherter Wurstwaren.

Wwe. Joh. Liebler,
Olpe. Telef. 270

Reinrassiger

Schäferhund,

sehr wachsam, billig abzugeben. (†6161)

Biggestr. 14.

Sehr gutes

Tafelklavier

zum Ueben vorzüglich geeignet billigst abzugeben.

Von wem, sagt die Geschäftsst. dss. Bls. (†6137